

## Auswertung „Demokratie in der Mitte“ Bedarfserhebung für 2016

Die Bedarfserhebung im Fördergebiet Wedding Zentrum/Brunnenstraße Nord + Süd orientierte sich an der durch das Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ formulierten Zielsetzung nach der es gilt, gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren aufzuzeigen wo die demokratischen Grundwerte und die kulturelle Vielfalt gestärkt werden können und wo Entwicklungen begegnet werden muss, die die Gleichwertigkeit aller Menschen gefährden. Auf Grundlage dessen wurde ein Interviewbogen erstellt, der die folgenden Themenschwerpunkte zum Inhalt hatte:

1. Demokratieentwicklung und –förderung
2. Interkultureller Dialog und Vernetzung
3. Gewaltprävention, Abbau von Diskriminierung und Rassismus

Aufgrund der sich seit Sommer 2015 verschärfenden Kontroverse im Zusammenhang mit dem Zustrom von Geflüchteten, erachteten wir es für geboten, auf die daraus gewachsenen Herausforderungen mit einem zusätzlichen Themenschwerpunkt einzugehen.

4. Aktuelle Herausforderungen in Hinblick auf den Zustrom von Geflüchteten

Jedem Schwerpunkt wurden drei bis vier offene Fragen zugeordnet, um eine möglichst zielführende und aktivierende Befragung durchführen zu können.

Bereits die Recherche hat ergeben, dass die sozial engagierte Vereinslandschaft im Wedding ausgesprochen vielfältig und umfangreich ist. Wirft man einen Blick in die Entstehungsgeschichte dieser Einrichtungen und Vereine, so zeigt sich, dass diese Vielfalt in den Wedding Quartieren auf eine lange Tradition zurückblickt. Insgesamt wurden im Projektraum Wedding Zentrum 18 sowie im Projektraum Bunnanstraße 10 Interviews durchgeführt. Alle befragten Akteure zeigten durchweg eine positive Bereitschaft zur Sichtbarmachung ihrer Bedarfe. Die getroffenen Aussagen waren je nach Ausrichtung der befragten Einrichtungen und Akteure inhaltlich unterschiedlich stark gewichtet, so dass einige Themenschwerpunkte mehr Beachtung fanden als andere.

### Demokratieentwicklung und Förderung des Bürgerlichen Engagements

Die Fragen zur Demokratieentwicklung sollen sichtbar machen, wo die Schwerpunkte bei der Stärkung der Bürgerbeteiligung im Quartier liegen und wo die Partizipation der Bürger und Vereine an der Gestaltung der Zivilgesellschaft eine besonders positive Entwicklung eingeschlagen hat. Den Quartiersmanagements und den Nachbarschaftszentren kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Auf die Frage in welchen Bereichen die Bürger\*innen bei der Gestaltung der nachbarschaftlichen Lebensräume Unterstützung brauchen und wo die größten Potentiale liegen, wurde von den Befragten immer wieder betont, dass es mehr Möglichkeiten geben muss, in denen die Bürger miteinander ins direkte Gespräch kommen. **Es besteht ein Überangebot an Flyern und Plakaten aber ein Mangel von Gelegenheiten und Anreizen zur persönlichen Ansprache**, hieß es wiederholt.

Im Sinne einer Demokratieentwicklung von Unten verdienen vor allem jene Gruppen eine besondere Unterstützung, die bei den Beteiligungsprozessen zu kurz kommen oder kaum

Beachtung finden. Dies betrifft insbesondere Bewohner, welche in prekären Verhältnissen leben oder denen aufgrund von Herkunft oder abweichender Lebensentwürfe, Ausgrenzung droht.

Als besondere Positivbeispiele für nachbarschaftliches Engagement wurde das Gremium „Runder Tisch Leopoldplatz“ und die Initiative „Dialog unter Nachbarn“ erwähnt. Viele Befragten wünschen sich ähnliche Initiativen zur Stärkung des interkulturellen Gemeinsinns auch in anderen Wedding Quartieren. Es muss nicht immer das große Stadteifest sein - gut ist alles, was das Kennenlernen verbessert und den Blick über den eigenen Tellerrand erleichtert.

Viele Vereine tragen mit ihrem Engagement naturgemäß zur Stärkung des demokratischen Selbstbewusstseins bei, indem sie die Bewohner\*innen des Quartiers darin ermutigen bei der Gestaltung ihres Lebensumfeldes selbst aktiv zu werden. Gleichzeitig übernehmen sie eine gewichtige Rolle, wenn es gilt, für die Interessen ihrer Mitglieder und Zielgruppen bei den öffentlichen Entscheidungsträgern einzutreten. Alle befragten Akteure waren sich darin einig, dass der ehrenamtlichen Bürgerbeteiligung eine besondere und unverzichtbare Bedeutung zukommt und dass der Hauptanteil ihrer sozialen Aufgabenbereiche erst durch die ehrenamtliche Mitwirkung bewältigt werden kann. Mitunter - wie beispielsweise beim Willkommensbündnis "Wedding Hilft!" - liegt das gesamte Engagement in den Händen von Ehrenamtlichen. Ähnlich umfangreich ist die offene Bürgerbeteiligung in der Kinder- und Jugendarbeit (Haus der Jugend, Gangway e.V.) sowie in den Nachbarschaftszentren (Sprengelhaus e.V.), wo Eltern und Großeltern Verantwortung übernehmen. Dieses ehrenamtliche Engagement wird von den Beteiligten selbst als gewollter, sinnhafter und sinnstiftender Einsatz verstanden, der reguläre Sozialarbeit ergänzen nicht aber ersetzen kann oder gar entbehrlich macht.

### ***Ehrenamtliche Arbeit ist nicht umsonst!***

Immer wieder wurde von den Befragten betont, dass ehrenamtliche Arbeit in der öffentlichen Wahrnehmung wie auch in der städtischen Verwaltung noch allzu oft als "Umsonst-Arbeit" verstanden wird. Ehrenamt verdient eine Vergütung, insbesondere dort, wo das Engagement von Menschen verrichtet wird, denen ohnehin nur ein geringer Lebensunterhalt zur Verfügung steht.

Ein Großteil der Befragten hat darauf aufmerksam gemacht, dass es bei der zielgenauen Vermittlung ehrenamtlichen Engagements noch an geeigneten Strukturen fehlt, um Informationen an Interessierte weiter reichen zu können und um auf die Bedarfe aufmerksam zu machen. **Was fehlt, ist eine weitere Bekanntmachung der Freiwilligenagentur (Fabrik Osloer Straße e.V.), einer Anlaufstelle im Wedding, die an Ehrenamt interessierte Bürger\*innen aufgabenspezifisch weitervermittelt.**

### ***Jugendarbeit ist Demokratieförderung***

Immer wieder wurde betont, wie wichtig die Kinder- und Jugendarbeit ist, um das Bewusstsein für die demokratischen Werte zu entwickeln. Es gibt keine bessere

Demokratieförderung als junge Menschen in der Entfaltung eines selbstbestimmten Lebensentwurfes zu stärken. Dabei dürfen demokratiefeindliche Anschauungen in der Auseinandersetzung und im Gespräch nicht tabuisiert werden, sondern müssen benannt und in ihrer Wirkung verstanden werden. **Es gilt konfliktbeladene radikalisierte junge Menschen da abzuholen, wo sie stehen, und Dialogbereitschaft auch dann aufrechtzuerhalten, wenn ein Umdenken noch nicht stattgefunden hat.** Jugendeinrichtungen wie das Jugendzentrum Hussitenstraße oder Träger der Straßensozialarbeit wie Gangway machen darauf aufmerksam, dass es einen hohen Bedarf an zusätzlicher außerschulischer Jugendsozialarbeit gibt.

Es gibt deutliche Anzeichen für eine sich verstärkende Demokratieverdrossenheit insbesondere unter den älteren Bewohner\*innen der Quartiere. Hier verfestigt sich das Bild, dass Verwaltung, Medien und Bildungseinrichtungen nur Instrumente einer machtausübenden Obrigkeit seien, gegen die der „kleine Mann“ nichts ausrichten könne. Mit Besorgnis wurde immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass das Internet und die digitalen Vernetzungsmöglichkeiten die zwischenmenschliche Isolation begünstigen. Die sogenannten sozialen Medien verkehren sich dort in ihr Gegenteil, wo sie die Dialogbereitschaft und den Gestaltungswillen in der realen Welt verhindern. Und es sind längst nicht mehr nur jugendliche Nutzer\*innen, welche den Anreizen einer fehlgeleiteten virtuellen Meinungsbildung erliegen.

### Interkultureller Dialog, Vernetzung

Das Lebensgefühl in den Wedding Quartieren, das durch das Zusammenleben von vielen kulturell unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen geprägt wird, wurde von allen befragten Akteuren als durchweg positiv bewertet. In einem Stadtteil, in dem nahezu jede\*r zweite Bewohner\*in einen Migrationshintergrund aufweist, kommt den Einrichtungen und Vereinen, die die kulturelle Vielfalt in den Quartieren stärken und die sich für die Interessen von Zugewanderten und Migranten\*innen einsetzen, eine besondere Bedeutung zu. Bei der Auswahl der Einrichtungen und Vereine, die zur Bedarfsanalyse befragt werden sollten, wurde daher darauf geachtet, dass diese in ihrer Gesamtheit die kulturelle Vielfalt in ausgewogener Weise repräsentieren.

### ***Bürgerforen statt Fachtagungen!***

Bei vielen Befragten besteht der Eindruck, dass Migrant\*innenorganisationen in der Vielfalt der Angebote noch nicht ausreichend wahrgenommen werden. Es fehlt an Dialogen abseits von Fachtagungen und Planungstreffen.

Eine besondere Verantwortung für den interkulturellen Dialog tragen die christlichen und muslimischen Gemeinden. Moscheen und Kirchen sind gefordert, die Gemeinsamkeiten ihrer ethischen Überzeugungen im interreligiösen Dialog zu unterstreichen. Generell bekunden aber auch die Einrichtungen, deren Angebote sich nicht primär an Migrant\*innen und Zugewanderte richten, einen **großen Bedarf in der interkulturellen Vernetzung und in der Zusammenarbeit mit den Migrant\*innenorganisationen vor Ort. Interkulturelle Kooperation darf nicht nur anlassbezogen stattfinden sondern muss strukturell verankert sein.** Es besteht ein großer Bedarf an niedrigschwelligen Angeboten mit ausreichender Kontinuität.

Fehlende Planungssicherheit aufgrund unzureichender finanzieller Mittel verhindert oft die Fortsetzung von konstruktiven Projekten.

### ***Würdigung und Akzeptanz interkulturellen Engagements in der Öffentlichkeit***

Allgemein wird die Akzeptanz der meisten sozialen Einrichtungen von Seiten der Öffentlichkeit als positiv beurteilt. Die Zusammenarbeit mit der öffentlichen Verwaltung hat sich verbessert, dies gilt vor allen für die Unterstützung, die durch das Büro des Integrationsbeauftragten zum Tragen kommt.

Gleichwohl wurde von den Interviewten oft darauf hingewiesen, dass in den **öffentlichen Entscheidungsgremien und in der bezirklichen Verwaltung noch zu wenig Zugewanderte vertreten sind**, welche sich für die spezifischen Anliegen von Migrant\*innen aus deren Perspektive einsetzen könnten. In den **Ämtern und Behörden präsentiert sich der Wedding weitaus weniger bunt als auf der Straße und im Kiez**. Außerdem sollte sich die kulturelle Vielfalt in den regionalen Medien stärker durch ein mehrsprachiges Angebot widerspiegeln.

### Gewaltprävention, Abbau von Diskriminierung und Rassismus

Obschon das soziale Klima im Wedding im Vergleich zu anderen Stadtteilen Berlins positiver beurteilt wird, gibt es aus der Perspektive der befragten Einrichtungen sichtbare Ausprägungen für Rassismus und Diskriminierung, sowohl vor Ort als auch im Umfeld ihrer Arbeit.

Viele Migranten, die sich sozial engagieren, erleben in der Ausübung ihrer Tätigkeit von Seiten der Behörden nicht den gleichen Respekt wie Ihre Kollegen ohne Migrationshintergrund. Die in der Integrations- und Flüchtlingsarbeit tätigen Vereine beobachten immer wieder, dass Migrant\*innen erst in Begleitung eines Lotsen den Respekt erfahren, der für Deutsche selbstverständlich ist. Auch Fachkräfte mit Migrationshintergrund werden in der Ausübung ihrer Tätigkeit oft wie Botengänger behandelt. **Behörden und Ämter müssen sich also die Frage stellen, ob die Mitarbeiter\*innen ihrer Dienststellen ausreichend vorurteilsfrei und interkulturell kompetent sind.**

### ***Miteinander statt Übereinander reden!***

Es gibt deutliche Tendenzen für ein Anwachsen von **Alltagsrassismus** vor allem vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen bzgl. Flucht und Vertreibung. Im Umfeld von Schulen und in der Jugendarbeit behauptet sich ein **hartnäckiger Antisemitismus** nicht nur, aber auch unter den Jugendlichen mit arabischer und türkischer Zuwanderungsgeschichte. Der radikale demokratiefeindliche Islamismus übt für junge Muslime, die sich von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen fühlen, eine große Faszination aus. Was fehlt sind Alternativen, damit junge Menschen auf eine positive Art und Weise die Möglichkeit haben zu rebellieren.

Ebenfalls beobachten viele Akteure deutlich ein Erstarren von **Vorurteilen gegenüber Muslimen**. Vor allen unter den älteren Bürger\*innen begünstigen Überfremdungsängste das

Aufkommen eines **islamfeindlichen Rassismus**. Alle Befragten sind sich darin einig, dass die schwerwiegenden Ausprägungen von Rassismus nur gesamtgesellschaftlich bewältigt werden können.

### „Gewalt im Namen der Ehre“

In den Befragungen wurde vermehrt darauf hingewiesen, dass die Familienvorstellungen und „Rollenbilder“ in vielen Haushalten, die Rechte von Frauen und Mädchen beschneiden, die in extremen Fällen in häuslicher Gewalt oder „Gewalt im Namen der Ehre“ münden können. Auch Zwangsehen werden in Berlin Wedding nach wie vor arrangiert.

Daraus ergibt sich ein großer Aufklärungsbedarf an Grundrechten und Schutzrechten in alle Richtungen, die eine fachlich und sozial fundierte Präventionsarbeit erforderlich macht.

### Aktuelle Demokratieentwicklung im Blickwinkel von Flucht und Vertreibung

Die Zuwanderung von Flüchtlingen wird von vielen Befragten als die größte Herausforderung unserer Zeit angesehen. Gegenwärtig werden Geflüchtete im Stadtbild nicht in besonderem Maß wahrgenommen. Es wird aber beobachtet, dass Deutsche mit Migrationshintergrund für Geflüchtete gehalten wurden. Viele befragte Akteure verwiesen darauf, dass die Bewohner\*innen in ihrem Umfeld befürchten, sozial benachteiligte Menschen könnten gegen Flüchtlinge ausgespielt werden.

Das größte Risiko für eine erschwerte Integration von Geflüchteten, liegt nach Meinung aller Befragten in ungenügenden Sprachkenntnissen. Sprachbarrieren begünstigen Ausgrenzung und Verhindern das Ausräumen von Vorurteilen. Die meisten unterstrichen mit ihrer Einschätzung, dass eine umfassende und generationsübergreifende Sprachförderung von Migrant\*innen Vorrang hat. Ein Großteil der Herkunftsländer der Geflüchteten liegt im arabisch-sprachigen Kulturkreis. Es gibt infolge dessen einen immens großen Bedarf an arabisch sprechenden Sozialarbeitern und Sprachmittlern. Die Willkommensbündnisse und Lotsenprojekte und die ihnen nahestehenden Einrichtungen erwarten von den öffentlichen Entscheidungsträgern eine kurzfristige Bereitstellung von effizienten Qualifizierungs- und Schulungsmaßnahmen, um Mitarbeiter\*innen für die Arbeit mit Geflüchteten zu gewinnen.

Noch zu selten veröffentlichen die Dienststellen in der Verwaltung ihre Informationen in einer verständlichen *Leichten Sprache*, die auch von Migrant\*innen mit einfachen Deutschkenntnissen sinngemäß erfasst werden können.

Immer wieder wurde auch darauf verwiesen, dass es mehr regelmäßig stattfindende Veranstaltungen geben sollte die Menschen, welche sich als zu fremd oder zu anders wahrnehmen, zusammenführen.

Aus der Bedarfsanalyse ergeben sich folgende Handlungsbedarfe:

- **Bessere Strukturen für die Koordinierung und Vermittlung von ehrenamtlich engagierten Bürgern**
- **Stärkung der Kooperation von Migrantenorganisationen mit den etablierten Einrichtungen**
- **Aufklärungsarbeit zur Auseinandersetzung mit den Konflikt Islamfeindlicher Rassismus < > Islamistischer Fanatismus**
- **Gezielte Maßnahmen zur Stärkung der Rechte von Mädchen und Frauen**

und Handlungsempfehlungen:

- **Gründung eines Netzwerks für den Interkulturellen und interreligiösen Dialog in Zusammenarbeit mit Moscheen und Kirchen**
- **Bessere Einbindung von Geflüchteten mit Bleibeperspektive in die Sozial- und Kulturarbeit**
- **Angebotsvielfalt von fremdsprachigen Medien für die breite Öffentlichkeit erhöhen**
- **Verbesserung der Sichtbarmachung von Diskriminierung und Rassismus durch die Einrichtung weiterer Anlaufstellen für das Register Berlin-Mitte**
- **Ausrichtung von mehr niedrigschwelligen Angeboten wie Hof- und Straßenfesten**
- **Beratungsarbeit für gewaltbetroffene und gewaltbereite Menschen**
- **Aufklärungsarbeit im Bereich der Grundrechte**

---

08.01.2016: Narud e.V., Demokratie in der Mitte //Fabrik Osloer Straße e.V.